

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikationsorgan

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45.
Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 214

Stolp, Montag, den 13. September 1926

50. Jahrgang

Genfer Nachflänge.

Die Verhandlungen in Genf.

Um die nichtständigen Ratsitze.

Die Verhandlungen über die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder werden hinter den Kulissen mit unverminderter Eifer fortgesetzt. Im Vordergrund stehen zur Stunde die Kandidaturen folgender Staaten: Polen, Belgien, China, drei südamerikanische Staaten — Uruguay, Kolumbien, San Salvador —, Rumänien, Holland und Portugal. Ueber die Kandidaturen kann natürlich eine Entscheidung vor Annahme des Reformprojektes des Rates nicht fallen. Daher ist es möglich, daß noch verschiedene Abänderungen erfolgen. So wird von englischer Seite der Standpunkt vertreten, daß es im Interesse der Kontinuität der Arbeiten des Völkerbundesrats wünschenswert sei, drei der alten nichtständigen Ratsmitglieder noch ein weiteres Jahr Mitglieder des neuen Völkerbundesrats sein zu lassen. Für eine derartige Uebergangszeit käme die Tschechoslowakei, Schweden und als Südamerikanischer Staat Uruguay in Frage. In polnischen Delegationskreisen besteht der Wunsch, Polen vorläufig nur auf ein Jahr zum nichtständigen Ratsmitglied wählen zu lassen und gleichzeitig auf die Wiederwählbarkeitsklärung zu dringen, so daß Polen damit für vier Jahre in den Rat einziehen würde und die Aussicht hätte, noch weitere drei Jahre, also im ganzen sieben Jahre, im Rat zu verbleiben.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann stattete Sonnabendabend dem englischen Hauptdelegierten Sir Austen Chamberlain einen Besuch ab.

Das Echo von Genf.

Die Reden Stresemanns und Briands in der Aufnahmeversammlung in Genf werden von der Pariser Presse einer lebhaften Beurteilung unterzogen. Während gegen die Erklärungen Stresemanns im allgemeinen keine besonderen Einwände erhoben werden, wird von der Rechtspresse die Rede Briands nicht völlig gebilligt. Man wirft ihm vor, daß er zu lyrisch und zu wenig sachlich gewesen sei.

Das „Echo de Paris“ schreibt: Der Tag werde vermutlich in der Geschichte eine starke Spur zurücklassen. Die neue französische Politik einer direkten Annäherung an Deutschland habe sich deutlich gezeigt. Nachdem die französische Regierung ihre alten Bündnisverträge gebrochen und sich durch Italien und England auf das Gebiet der Schiedsgerichtsverträge habe locken lassen, habe sie das Experiment der direkten Verständigung mit Berlin versuchen müssen. Es handele sich um ein gewagtes Abenteuer. Deutschland sei nicht ein Land wie jedes andere. Es sei zweifelhaft, ob Briand die besten Methoden angewendet habe. Er habe zu sehr gezeigt, daß er außer der deutsch-französischen Annäherung über keine Mittel der Aufrechterhaltung der französischen Sicherheit verfüge. Die taktischen Fehler des französischen Außenministers würden deutlich durch die Haltung der anderen Staaten klargestellt. Die Mitglieder der Kleinen Entente hätten im allgemeinen mit ihren Empfindungen zurückgehalten. Die revidierten Forderungen, die Stresemann gestellt habe, müßten beunruhigen. Man hätte gewünscht, daß der französische Außenminister sie in gleicher Tone beantwortet hätte.

Der „Gaulois“ ist der Ansicht, Briand habe ohne Zweifel die bedeutendste lyrische Rede in seiner politischen Laufbahn gehalten.

Der „Matin“ schreibt: Nicht nur bei den deutschen Rechtsparteien, sondern auch bei den anderen Parteien fordere man, daß die brüderliche Gleichheit, die zwischen dem Reich und seinen früheren Gegnern wieder hergestellt sei, sich in folgenden Tatsachen äußere: In der Umwandlung der deutschen Entwaffnung in eine allgemeine Entwaffnung, in der Räumung der besetzten Gebiete, in der Berichtigung der Nitargrenzen und in der Rückgabe der Kolonialgebiete. Dies werde das ganze Deutschland binnen kurzem fordern. Der Unterschied zwischen Stresemann und seinen politischen Gegnern bestehe nur darin, daß er die Forderungen in Genf mit seinem bemerkenswerten Talent zur Verhandlung und Ueberredung stelle, während die anderen sie in öffentlichen Verhandlungen herausholten. Die französische Regierung müsse eine Politik treiben, die dieser deutschen Politik begegne.

Carlasmus in London.

Die Londoner „Times“ äußert sich über die Rolle, die Deutschland voraussichtlich innerhalb des Völkerbundes spielen werde. Nach Erwähnung der deutschen Wünsche betreffs Erleichterung zahlreicher Bedingungen des Vertrages von Versailles fährt das Blatt fort: Deutschland strebe letzten Endes eine Revision gewisser materieller, sogar territorialer Bedingungen des Versailler Vertrages an. Deutschlands „angeblicher“ Wunsch, ein Mandat zu erhalten, könne gegenwärtig als gegenstandslos betrachtet werden, da kein Mandat verfügbar ist. Die Veränderung der gegenwärtigen Lage in Europa

sei zugestandenermaßen das deutsche Ziel. Wenn Deutschland die von ihm gewünschten Ziele erreichen wolle, so solle es zeigen, daß diese Ziele Europa zugute kommen. Die Zusammenarbeit Deutschlands mit Vertretern früher feindlicher Staaten an dem gleichen Tische werde einen Prüfstein für die Zweckmäßigkeit des Völkerbundes bilden. — „Westminster Gazette“ sagt: Deutschland werde wahrscheinlich in nächster Zeit Erleichterungen für die Lage im besetzten Gebiet und im Saargebiet zu erlangen suchen, und wenn es zu einem baldigen Zeitpunkt die Abrüstungsfrage aufwerfe, so könne kein gerecht denkender Mensch daran Anstoß nehmen. Es könne schwerlich eine Regierung in Europa geben, die nach sieben Jahren nicht die heftige einseitige Behandlung verschiedener, wenn nicht aller Fragen im Jahre 1919 bedauerte. In dem Maße, in dem Deutschland seine Gedanken vom dem Bündnis mit Rußland wegwende, müsse es ein gesteigertes Interesse an einem unabhängigen Polen haben. Andererseits müsse ein unabhängiges Polen Interesse an Deutschlands gutem Willen haben.

Dieser Wink nach dem Osten bezüglich der territorialen „Veränderungen“ ist am Tage nach dem „großen Fest“ recht deutlich. Man wird sich aber auch in London daran gewöhnen müssen, einzusehen, daß nicht nur im Osten, sondern auch im Westen der verruchte Geist von Versailles Unheil auf Ungerechtigkeiten häufte, die samt und sonders beseitigt werden müssen, wenn in Genf tatsächlich der Friedenszustand herrschen soll, den man herbeizuwünschen so eifrig vorgibt.

Rußland erwartet „feste“ Freundschaft.

Moskau, 11. September. „Iswestija“ führt aus: Der zurückhaltende Ton der deutschen Presse in den Besprechungen der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sei darauf zurückzuführen, daß dieses Ereignis stark verspätet eingetreten sei, und daß in letzter Zeit die innere sowie die internationale Lage Deutschlands sich erheblich bessert habe, so daß Deutschland zurzeit bedeutend mächtiger dasthe, als während der Konferenz von Locarno. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß die Teilnahme Deutschlands am Völkerbund die genaue Einhaltung der gegenüber der Sowjetunion übernommenen Verpflichtungen nicht beeinträchtigen werde und daß die Freundschaft Deutschlands mit der Sowjetunion wie bisher fest bleiben werde.

Amerika vermittelt nicht mehr.

New York, 11. September. „Sun“ meldet aus Washington, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Amerika mit einem Gefühl der Erleichterung aufgenommen worden sei, da man der Ansicht ist, daß Deutschland von nun an in der Lage sei, seine Bemühungen für die Revision des Versailler Vertrages vor dem Völkerbund zu versuchen. Die Vermittlung der Regierung der Vereinigten Staaten in den Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Alliierten würde sich jetzt erübrigen.

Spanien kündigt dem Völkerbund.

Die Note in Genf überreicht.

Wie amtlich gemeldet wird, erhielt der Generalsekretär des Völkerbundes Sonnabend vormittag durch Vermittlung des spanischen Konsuls in Genf eine Note der spanischen Regierung in der offiziell mitgeteilt wird, daß gemäß Par. 1 des Völkerbundespatentes Spanien sich zurückziehen werde nach Ablauf der Kündigungsfrist von zwei Jahren. Die Note der spanischen Regierung ist allen Mitgliedern des Völkerbundes mitgeteilt worden.

Die Note ist in freundschaftlichem Tone gehalten und umfaßt etwa zwei Schreibmaschinenseiten. Die spanische Regierung spricht in der Note ferner ihren Dank für die vielfachen Sympathiebekundungen des Völkerbundesrates und der Vollversammlung aus und wünscht dem Völkerbunde weiteres Gedeihen.

Befriedigungsmaßnahmen am Rhein.

Berlin, 11. September. Von dem Reichskommissar der besetzten rheinischen Gebiete, Freiherrn Langwerth von Simmern, und der Rheinlandkommission ist am 10. September in Koblenz ein Abkommen über Befriedigungsmaßnahmen im besetzten rheinischen Gebiet unterzeichnet worden. Die Verhandlungen über ein solches Abkommen waren unter Führung des Reichsministeriums der besetzten Gebiete anlässlich der Räumung der Kölner Zone ausgenommen und haben nunmehr ein Ergebnis gezeitigt. Die neuen Abmachungen enthalten in der Hauptsache folgendes:

Die in der Rheinlandkommission vertretenen Regierungen verpflichten sich: 1. Straffreiheit für alle Straftaten zu gewähren, die bis zum 1. Februar im besetzten Gebiet begangen

sind, mit Ausnahme der Straftaten des gemeinen Rechts und der Spionage.

2. Die im besetzten Gebiet in Haft befindlichen Reichsangehörigen, die im Ruhrgebiet, in den früheren Brückenköpfen Düsseldorf und Duisburg, sowie in der geräumten Zone Straftaten begingen, deswegen verfolgt oder verurteilt wurden, den deutschen Behörden auszuliefern, es sei denn, daß es sich um Verbrechen gegen das menschliche Leben mit Todesfolge handelt.

3. Durch Verordnung der Rheinlandkommission die sogenannten Schutzordonnanzen Nr. 27, 70, 90, 116, 293 und die Anweisung 26 aufzuheben.

Demgegenüber übernahm die deutsche Regierung:

1. Vergeltungsmaßnahmen für Vorkommnisse im besetzten rheinischen Gebiet einschließlich der geräumten Kölner Zone aus der Zeit vom Beginn der Besetzung bis 10. Januar 1923 oder vom 1. September 1924 bis 1. Februar 1926, die sich als Dienstleistungen oder Beziehungen zu den Besatzungsbehörden oder Gehorsam gegenüber den Anweisungen der Besatzungsbehörden darstellen, zu verhindern, es sei denn, daß es sich um den Tatbestand des Hochverrats, des Landesverrats oder der Spionage handelt.

2. Die von der Rheinlandkommission während der Besetzung der jetzt geräumten Kölner Zone getroffenen, zur Kenntnis der deutschen Behörden gelangten Entscheidungen nicht mit rückwirkender Kraft für die Zeit vor der Räumung unbeachtet zu lassen, insbesondere nicht für die frühere Zeit Zahlungen von solchen Personen einzufordern, die durch beratende Entscheidungen von der Zahlungspflicht befreit waren.

3. Dahin zu wirken, daß Personen, die mit den Besatzungsbehörden in Beziehung stehen, zwar wie jeder andere Staatsbürger deutschen Gesetzes unterworfen bleiben, aber auch wie jeder andere Staatsbürger vor etwaigen rechtswidrigen Vergeltungsmaßnahmen Schutz finden.

Etwasige Meinungsverschiedenheiten bei der Ausführung der Abmachungen sollen durch Besprechungen zwischen dem Reichskommissar und der Rheinlandkommission oder durch Erörterungen unmittelbar zwischen den beteiligten Regierungen ausgeglichen werden. Wird hierbei eine Einigung nicht erreicht, so ist die Möglichkeit vorgesehen, den Streitfall vor ein Schiedsgericht zu bringen. Durch diese Abmachungen wird im weitest Umfang mit Fragen, die bisher zu mannigfachen Reibungen mit den Besatzungsbehörden mit den Besatzungsbehörden führten, tabula rasa gemacht. Insbesondere ist von Wichtigkeit, daß in Zukunft Eingriffe der Besatzungsbehörden in den normalen Gang der Rechtsprechung und Verwaltung nicht mehr zulässig sind, daß ferner zahlreiche in alliierter Haft befindliche Reichsangehörige teils ganz freigelassen, teils den deutschen Behörden übergeben werden, und daß ferner die wegen gemeiner Delikte verurteilten Reichsangehörigen, soweit sie nicht Straferlaß finden, Ermäßigung der Strafen im Gnadenwege erlangen werden.

Die Rheinlandkommission stellte ferner in Aussicht, daß auch die noch bestehenden Ausweisungen und Amtsentfernungen alsbald in größerem Umfang rückgängig gemacht werden sollen. Der Text des Abkommens wird durch das Reichsgesetzblatt veröffentlicht.

Die „Kölnische Zeitung“ zum Abkommen.

Köln, 11. September. Zu dem heute erfolgten Abkommen von Koblenz zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der Rheinlandkommission schreibt die „Kölnische Zeitung“ u. a.:

„Was trotz London und Locarno in dieser Hinsicht noch an peinlichen Rechten zu sehen war, das hat man jetzt beseitigt. Man bestätigt mit dem Koblenzer Verhandlungen eigentlich etwas nach der Verordnung 308 der Rheinlandkommission längst Bestehendes. Das — aus dem Koblenzer Schlußprotokoll geht das hervor — die Rheinlandkommission sich jetzt erst entscheiden konnte, Deutsche freizugeben, die von dem Ruhrkampf her noch hinter französischen Gefängnismauern sitzen, hätte man lieber nicht gelesen. Das ist nicht der Geist der Völkerverbündung. Hier hätte man schon lange mit einer großen Geste zeigen müssen, daß man wirklich reinen Tisch machen will und sich nicht Ausgleichs- und Austauschmöglichkeiten sichern möchte!“

Nachdem das Blatt erwähnt, daß ja vor Vergeltungsmaßnahmen der deutschen Behörden die Ueberläufer, die sonderbündlerischen Anhänger geschützt seien, fährt es fort:

„Wir wollen davon absehen, auf weitere Einzelheiten des Koblenzer Abkommens einzugehen. Das ist nicht so wesentlich, wie die Tatsache selbst, daß man heute über solche Dinge überhaupt noch verhandeln muß! Wenn das Abkommen von Koblenz ein Friedensbekenntnis sein soll, was es der Ruhe im besetzten Gebiet, der Annäherung der Völker dienen soll, dann muß man vom Buchstaben lassen, dann müssen diejenigen, denen es abgerungen werden mußte, in die Zukunft schauen, anstatt lediglich Uebel aus der Vergangenheit abzujucken.“

Mit dem Geist von London und Locarno, dem Völkerbundesgeist von Genf allein können sich Frankreich und Deutschland niemals näher kommen. Es muß endlich auch einmal so

Raub Mord

Ueberfall

wie verteidige ich mich dagegen?
Durch die japanische Selbst-
verteidigung „Jiu Jitsu“!

Große Demonstration
heute Montag abend
im Schützenhaus
durch Urbach und v. d. Born

Ferner ringen:

Grunewald gegen Seppl Maschke
Schwemmler gegen Kutschke (Roland).

Vor den Ringkämpfen:

Großes Künstler-Konzert
Anfang 8 Uhr.

Kinderfest

am Sonnabend, den 18. September,
nachm. 3 Uhr im Schützenhaus
zum Besten der Krippe und der Bedürftigen
unserer Stadt.

Belustigungen im Garten, Aufführungen im Saale,
Verkauf von Spielsachen, Büffet.

Eintritt 20 Pfg.

— Um Gaben aller Art wird herzlich gebeten. —
Annahme derselben bis Donnerstag, den 16.
September bei Frau Sanitätsrat Publig, Bismarck-
platz 16. Beiträge zum Kuchentisch und Obst am
Sonnabend, den 18. vorm. 10—1 im Schützenhaus.

Um zahlreichen Besuch bittet

der Vorstand der Ev. Frauenhilfe.

Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.
Uhrmacher **C. Haar**
Markt 19.

Hypotheken- Kapitalien

nur an erster Stelle für Landwirtschaften von 100
Morgen aufwärts, Güter, Stadtgrundstücke, In-
dustrie-Anlagen und Kommunen auf 5—10 Jahre
fest zu günstigen Bedingungen. Anträge unter
15 000.— Mark werden nicht angenommen.

Rathenow, Finanzierungs-Büro
Danzig, Vorstädtischer Graben 211,
Fernspr. 3644.



Taschenlampen Batterien

stets frisch in bekannt
bester Qualität

sehr preiswert bei mir zu haben.

**UHRMACHER
KUNST**

Stolp i. Pom., Holstentorstr. 5

Handelshochschule Königsberg i. Pr.

Semesterbeginn 2. November 1926.

Vorlesungsverzeichnis und Prüfungsordnungen kostenlos.
Gebührensachlaß für Deutsche aus den Gebieten westlich
des polnischen Korridors.

Modewerkstatt

Wilhelmstrasse 19

Fernruf 837

Meinen sehr verehrten Damen zur Nachricht,
dass ich von meiner Reise zwecks Modestudien
zurück bin und meine Tätigkeit am 13. 9 in
vollem Umfange wieder aufnehme. — Im Inter-
esse pünktlicher Lieferung bitte ich freundlichst,
schon jetzt Vorbesprechungen mit mir einzuleiten.

Hochachtungsvoll

Elsbeth Thäter,

Damenschneidermeister.

Friedrich Stamm

Stolp, Bahnhofstraße 25, Tel. 341.

Atelier für feine Damenkleidung

Große Auswahl in modernen Stoffen (Bristol-Rot
in allen Abstufungen). Wintermäntel nach Maß
in feinsten Ausführung von 75 Mk. an.

Kauft Lose

von der Verkehrs-Lotterie

zum Besten der städtischen Volksküche

Stück —.50

zu haben in fast allen Geschäften.

Hautgewinne ausgestellt bei der Firma Gustav Zeeck.



Umzüge u. Speditionen aller Art

erledigt unter Garantie sorgfältigster Ausführung Preiswert.

Wohnungstausche werden nach beliebigen
Plätzen vermittelt

Paul Schmidt

Fernruf 67 u. 68 bahnamtl. Rollfuhrunternehmer Amtsstraße 35a

„Schützendorf“ Pepsia in Weinbrand

ist keine Arznei oder Geheimmittel, sondern ein
magenstärkendes Genussmittel für Jedermann.
Alleinverkauf bei Heinrich Graven
Dunkes Restaurant, Stolp i. Pom.

Blickschikanlagen

nach den ministeriellen Bestimmungen
:: führt in 20jähriger Praxis aus ::

Carl Menkel, Stolp

Grünerweg 2 am Friedrichsplatz

Telephon 78

Trauringe

333 gestempelt

585

900

(Dukatengold)

in jeder Größe am Lager.

Ernst Gast, Holstentorstr. 17.

Bitte genau auf die Firma zu achten.

Grabdenkmäler

Grabgitter

Einfassungen und Schwellen
offeriert in bester Qualität zu billigsten Preisen

Erich Burow, Stolp

Quebbenstraße Ecke Wilhelmstraße.

Joh. Schulzer, Friseur

Fernsprecher 332

Kirchplatz 11 neben der Hauptpost.

Saubere Fachbedienung. Solide Preise.

Guten Verdienst

finden Damen und Herren
mit großem Bekanntheitskreis
durch Besuch von Privat-
Landschaft.

Angebote unter Nr. 207
an die Geschäftsst. d. Blattes.

Stalleinrichtungen

Bogen

für Hengste, trag. Stuten,
Fohlen usw.

Bogwände, Trenngitter,

Krippen, Raufen,

Stallfenster, Stalltüren,

Geschirreträger

für Brustblatt- und

Rummetgeschirre,

Sattelhalter

für Herren- u. Damen-Sättel

weil überzählig, billigst

C. Daber,

Pferdehandlung

Grüner Weg 50.

Emil Hodapp

Stolp

Langestr. 502 Begr. 1885

Erstz. Feinschleiferei

mit elektr. Betrieb

Es werden gut und preis-

wert geschliffen:

Rasiermesser u. Rlingen,

Haarschneidemaschinen,

Taschen- und Tischmesser,

Scheren, Wollmesser usw.

Lager

Solinger Stahlwaren

zu den günstigsten Preisen.

Kyffhäuser - Technikum
Frankenhausen
Ing.-Schule f. Masch.- u. Autoba-
Elektrotechn. Bins. Sonderabt.
f. Landmaschinen u. Flugtechnik.